

Karl Heitz (1909–1977)

Offenburgs Oberbürgermeister zwischen Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und Gemeindereform

Michael Kitzing

Einleitung

Am 20. Dezember 1948 wählte der Offenburger Gemeinderat ein neues Stadtoberhaupt, die beiden aussichtsreichsten Bewerber waren dabei Walther Blumenstock und Karl Heitz als Kandidaten der Sozialdemokraten bzw. der CDU.¹ Karl Heitz hatte den Vorteil, gebürtiger Offenburger zu sein und bislang beruflich, außer in Karlsruhe und in Straßburg, vor allem in seiner Heimatstadt gewirkt zu haben. Blumenstock war dagegen schon während der Weimarer Zeit Beigeordneter gewesen.² Im März 1933 hatte er den Mut besessen, öffentlich gegen das Aufziehen der NS-Fahne auf den Gebäuden der Stadtverwaltung zu protestieren. Als Reaktion hierauf hatten ihn die Nationalsozialisten aus dem Amt bzw. in die Niederlande ins Exil gedrängt. Noch immer lebte Blumenstock in Haarlem und musste von dort seine Kandidatur betreiben. – Gleichwohl sah es zunächst so aus, als könnte Blumenstock für sich eine Mehrheit erreichen,³ denn die ersten vier ausgezählten Stimmen entfielen auf ihn. Am Ende setzte sich jedoch Heitz mit einer Stimme Mehrheit durch.

Um sein neues Amt war Heitz keineswegs zu beneiden, vielmehr gestaltete sich die Situation der Stadt Ende 1948 alles andere als erfreulich: „Währungsreform, leere Kassen, absolute Befehlsgewalt des [französischen] Gouverneurs, Wohnungsnot“⁴ – und das Badener Tagblatt hielt es außerdem für notwendig, den neuen Bürgermeister darauf hinweisen zu müssen, er solle endlich „Ordnung im eigenen Haus, in der Stadtverwaltung“, schaffen.⁵ Denn dort sah das Badener Tagblatt elementare Höflichkeitsregeln verletzt, bspw. im Umgang mit Kriegsbeschädigten. Die Sprache der Zeitung war überaus scharf, städtische Behörden seien keine öffentliche Versorgungsanstalt, sondern eine Einrichtung „zum Wohl und Frommen“ der ganzen Bevölkerung. Konkret verlangte das Badener Tagblatt die Schaffung einer Revisionsstelle bei der Stadtverwaltung mit der Aufgabe, „die Stellenbesetzung zu überprüfen. Manche Dienststellen sind offenbar zu stark besetzt, andere wiederum überlastet.“⁶ Außerdem wünschte das



*Karl Heitz
1909–1977
(Stadtarchiv
Offenburg)*

Blatt Sparmaßnahmen. Zu den hohen Landessteuern sollten nicht noch zusätzlich hohe Kommunalabgaben kommen.

Als gerade neu gewählter Bürgermeister enthielt sich Heitz damals offenbar einer umfangreicheren programmatischen Äußerung.⁷ Erst im Nachhinein, anlässlich seines 25-jährigen Dienstjubiläums, betonte er, bereits an der Jahreswende 1948/49 habe er auf die Europakarte gesehen und dabei den Gedanken gefasst: „Nachdem der Eiserne Vorhang im Osten heruntergegangen ist, liegt Offenburg im Herzen Europas! [...] Ich ging mit dieser Idee hausieren, bei Behörden, bei der Industrie. Immer wieder das gleiche Gebet: Offenburg liegt verkehrsgünstig, am Schnittpunkt wichtiger europäischer Eisen-

bahnlinien [...].“⁸ Heitz spielte hier darauf an, dass sich die geopolitische Lage Offenburgs im Gegensatz zur Weimarer Zeit wesentlich verändert hatte. In den 1920er Jahren war Offenburg durch den Verlust von Elsass-Lothringen im Versailler Vertrag und durch die zeitweilige französische Besetzung an die Peripherie versetzt worden.⁹ Mit der sich schon bald abzeichnenden deutsch-französischen Aussöhnung und gleichzeitig der Verhärtung der Fronten im Kalten Krieg gestaltete sich die verkehrsgeographische Lage Offenburgs seit den 1950er Jahren nun vollständig anders. – Als Ziel seiner Politik, so Heitz, ebenfalls im Nachhinein, habe er schließlich definiert, aus der kleinen Messe- und Beamtenstadt Offenburg eine Metropole der Ortenau schaffen zu wollen.¹⁰ Allerdings musste Heitz auch einräumen, dass er keineswegs sicher sein konnte, überhaupt die Zeit dafür zu bekommen, diese Ziele auch nur anzustreben, immerhin war er schon das fünfte Offenburger Stadtoberhaupt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.¹¹

Der Beitrag möchte nun anhand des Wirkens von Heitz einen Überblick über die Offenburger Stadtgeschichte im Verlaufe der 27-jährigen Amtszeit des Oberbürgermeisters geben. Wie lässt sich die Amtszeit von Heitz zeitlich gliedern? Welche Schwerpunkte hat dieser in seinem Wirken gesetzt, um die Probleme der Nachkriegszeit zu bewältigen und den angestrebten Aufstieg Offenburgs zur Metropole Mittelbadens einzuleiten? Auf welchen Gebieten war Offenburg in die allgemeine Entwicklung auf Landesebene eingebunden bzw. hat diese nachvollzogen und wo bzw. wie hat Heitz eigene Akzente gesetzt? In diesem Zusammenhang wird vor allem der Durchführung der Gemeindereform im Raum Offenburg besondere Aufmerksamkeit gewidmet. – Zunächst aber soll ein Blick auf den Lebensweg von Heitz bis zu seiner Wahl zum Offenburger Bürgermeister geworfen werden.

Herkunft – Ausbildung – Berufseinstieg

Karl Heitz wurde am 17. Januar 1909 als Sohn eines Eisenbahners in Offenburg geboren.¹² Hier absolvierte er auch seine Schullaufbahn, die er 1928 erfolgreich mit dem Abitur auf dem humanistischen Gymnasium (Grimmelshausen-Gymnasium) beenden konnte. In den folgenden vier Jahren studierte er in Freiburg, Bonn, Wien und Heidelberg Rechtswissenschaften. Auf das erste Staatsexamen 1932 folgte nach dem obligatorischen Vorbereitungsdienst 1936 das zweite juristische Staatsexamen.

An dieser Stelle des Lebenslaufs gilt es nach der Haltung von Heitz zum Nationalsozialismus zu fragen, wobei sich diese Frage nicht eindeutig beantworten lässt: In jedem Fall hatte Heitz keine exponierte Stellung und ist nicht als Funktionär einer NS-Organisation hervorgetreten. Allerdings ist Heitz nach Ausweis der zentralen Mitgliedskartei der NSDAP wie auch der Mitgliedskartei des NS-Gaues Baden bereits am 1. Juli 1929 in die NSDAP eingetreten (Mitgliedsnummer 143.176), um schon zum 31. Dezember 1929 aus der Partei ausgeschlossen zu werden. In beiden Karteien sind jedoch sowohl das Ein- wie auch das Ausschlussdatum durchgestrichen und mit dem Vermerk versehen: „Aufnahme ungültig“.¹³ Bedauerlicherweise liegt heute im Staatsarchiv Freiburg keine Entnazifizierungsakte mehr vor, aus der entnommen werden könnte, ob Heitz im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens zu diesem frühen (wenn auch letztlich nicht rechtswirksamen) Parteieintritt Stellung nehmen musste und in welcher Form er dies ggf. getan hat. – Konsequenzen hatte der rechtsunwirksame Parteieintritt von 1929 für Heitz letztlich wohl keine, denn er ist, wie einem Vermerk in seiner Personalakte im Stadtarchiv Offenburg entnommen werden kann, im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens als „Mitläufer“ eingestuft worden und musste auch keine Sühnemaßnahme ableisten.¹⁴ Diese Einstufung dürfte aus dem schließlich rechtsgültigen Parteieintritt im Juni 1937 mit Rückwirkung zum 1. Mai (Mitgliedsnummer 5.057.154) resultieren. Dem Aufnahmeantrag von Heitz in die NSDAP ist dabei eine befürwortende Stellungnahme des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) Karlsruhe beigegeben, dem Heitz offensichtlich seit 1. April 1934 angehört hat.¹⁵ – Ein Parteieintritt im Sommer 1937 ist für einen jungen Akademiker, der in den Staatsdienst strebte bzw. für seine Profession eine staatliche Zulassung benötigte, durchaus typisch:¹⁶ Angesichts eines überaus starken Mitgliederandrangs im Frühjahr 1933 verhängte die NSDAP, um nicht von Opportunisten überlaufen zu werden, zum 1. Mai 1933 eine allgemeine Mitgliedersperre, die erst nach vier Jahren wieder gelockert wurde. Auch der Beitritt ins NSKK im Jahr 1934 kann als typisch angesehen werden: Viele derjenigen, denen nach dem 1. Mai 1933 der Eintritt in die NSDAP zunächst verschlossen blieb, versuchten ihre Loyalität gegenüber den Machthabern durch die Mitgliedschaft in einer der vielen NS-Nebenorganisationen zu demonstrieren.

Beruflich war Heitz ab 1936 als Assessor in zwei Karlsruher Kanzleien tätig, u. a. in der Sozietät von Franz-Xaver Honold und Reinhold Frank.¹⁷ Die Kanzlei Honold/Frank

war renommiert: Franz-Xaver Honold war als Mitglied der Zentrumsparterie von 1926 bis 1931 Reichsratsbevollmächtigter der badischen Staatsregierung; Frank war 1933 ebenfalls noch für die Zentrumsparterie in die Karlsruher Stadtverordnetenversammlung gewählt worden, wo er Konflikten mit den örtlichen Nationalsozialisten nicht aus dem Wege gegangen war. In den folgenden Jahren wurde das Anwaltsbüro Honold/Frank zu einem Treffpunkt des katholischen Widerstandes in Karlsruhe. Von den Widerstandskämpfern des 20. Juli war Frank als Unterbeauftragter für Baden vorgesehen, im Gefolge des gescheiterten Hitlerattentats vom 20. Juli 1944 wurde er jedoch verhaftet und im Januar 1945 in Berlin-Plötzensee ermordet.

Heitz verließ die Sozietät Honold/Frank im Herbst 1939 und war bis zu seiner Einberufung für den Feldzug gegen Frankreich selbstständig als Anwalt in Karlsruhe tätig. Nach dem Ende des Westfeldzuges und der Besetzung des Elsass' wurde Heitz bei der Finanz- und Wirtschaftsabteilung Straßburg des badischen Finanzministeriums dienstverpflichtet. Welche Tätigkeiten er hierbei genau übernommen hatte, ist nicht bekannt, eine Personalakte für die Zeit bis zum 31. März 1943 ist in den Beständen des Generallandesarchivs Karlsruhe nicht überliefert. Während der beiden letzten Kriegsjahre wurde Heitz erneut einberufen, um nach Kriegsende in seine Heimatstadt Offenburg zurückzukehren, wo er seit dem 1. Januar 1946 bis zu seiner Wahl zum Bürgermeister als Anwalt praktizierte.

„Das stetig wachsende Offenburg“: Grundzüge der Stadtentwicklung in den 1950er bis 1970er Jahren¹⁸

„Markstein“ Albersbösch¹⁹: Wohnungsbau und Ausbau der technischen Werke

Am Beginn der Arbeit von Heitz als Bürgermeister stand eine Neuordnung der städtischen Verwaltung, die das neue Stadtobhaupt entsprechend dem Wunsch des Badener Tagblatts auf wenige und gleichwohl leistungsfähige Ämter reduzierte.²⁰ – Anschließend konnte sich Heitz ab 1952 verstärkt der Beseitigung der Wohnungsnot, dem damals schwerwiegendsten Problem in Offenburg, zuwenden.

Zum Jahresende 1951 hatte ein Sechstel der Offenburger Bürger keine ordentliche Wohnung – und hierfür gab es gleich ein ganzes Bündel von Ursachen. Zwar waren nur 4% aller Wohneinheiten in Offenburg während des Zweiten Weltkriegs

ges vollständig zerstört worden, jedoch waren im Gegenzug auch nur 55% aller Wohnungen gänzlich in Takt. – Gerade diese unzerstörten Wohnkapazitäten wurden zu knapp einem Drittel von der französischen Garnison (teilweise bis zu 7000 Mann) beansprucht. Immerhin gelang es Heitz den Kontakt zur französischen Besatzungsmacht zu pflegen und zu erreichen, dass diese früher als andernorts bereit war, Wohnkapazitäten wieder freizugeben.²¹

Jedoch war Offenburg unabhängig davon zur Aufnahme zahlreicher Heimatvertriebener verpflichtet. Dies betraf zunächst Personen, die sich nach der Besetzung des Elsass' durch NS-Deutschland 1940 dort niedergelassen hatten, aber nach der Befreiung des Landes durch die Alliierten spätestens im November 1944 über den Rhein zurückfluteten und zuerst in Offenburg aufgenommen werden mussten. Hinzu kamen noch Personen, die am Kriegsende aus Kehl ausgewiesen worden waren. – Im Gegenzug musste Baden bis 1948/1949 immerhin keine Heimatvertriebenen aus den Ostgebieten aufnehmen: Die Franzosen hatten an der Potsdamer Konferenz nicht teilgenommen und fühlten sich folglich nicht an deren Beschlüsse zu den Bevölkerungsverschiebungen in Ostmitteleuropa gebunden. Dementsprechend riegelten sie ihre Zone konsequent ab und nahmen schlicht keine Heimatvertriebenen auf. Dies änderte sich jedoch 1948/1949 mit der Bildung der Trizone bzw. der Bundesrepublik Deutschland. Nunmehr kam es zur sog. innergebietlichen Umverteilung. Heimatvertriebene, die zunächst bspw. in Norddeutschland aufgenommen worden waren, sollten jetzt gleichmäßig auf das gesamte Bundesgebiet verteilt werden und wurden folglich auch in die Länder der französischen Besatzungszone umgesiedelt. Offenburg wurde als Verkehrsknotenpunkt zur zentralen Verteilstelle für alle von Südbaden aufzunehmenden Heimatvertriebenen wie auch für Sowjetzonenflüchtlinge. Zwischenzeitlich machten daher 70000 Flüchtlinge in Offenburg Station, von denen knapp 2600 (1953)²² dauerhaft blieben.²³

Vor allem, um diese unterzubringen, begann ab 1952 durch die Stadt der Bau der Siedlung Albersbösch,²⁴ der von den Zeitgenossen als „Markstein“ in der städtebaulichen Entwicklung angesehen wurde. Denn mit dieser Siedlung begann die Stadt Offenburg sich auch auf das linke Ufer der Kinzig auszudehnen. In Albersbösch entstanden zunächst siebzig Reihenhäuser in einer frühen Form der Fertiggbauweise, die für 17500 DM gebaut und genau für diesen Preis vor allem an Vertriebene aus dem früheren Jugoslawien und aus Rumänien weitergegeben wurden. Um im neuen Stadtviertel Albersbösch nicht nur

Wohnstätten, sondern auch ein Gemeinschaftsgefühl zu schaffen und den Dialog zwischen Alt- und Neubürgern anzuregen, initiierte der Oberbürgermeister hier zudem erfolgreich die Gründung eines Bürgervereins.²⁵

Der Bau der Siedlung Albersbösch und die schon 1950 erfolgte Erschließung des Gewanns „In der Eisernen Hand“ bildeten die Initialzündung für die Entstehung zahlreicher weiterer Wohngebiete (u.a. Hildtoltsweyer mit Stockfeld und Oberörtle, Uffhofen, In der Wann und In der Tagmess), wodurch der Wohnungsbestand der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zur Mitte der 1970er Jahre mehr als verdoppelt werden konnte.²⁶ Der damit einhergehende städtebauliche Wandel wird besonders anschaulich daran deutlich, dass die Kinzig am Ende der Amtszeit von Heitz nun nicht mehr die Stadtgrenze markierte, sondern inzwischen mitten durch Offenburg hindurch floss.²⁷ Die starke Wachstumsdynamik drückte sich freilich auch im Ansteigen der Einwohnerzahl Offenburgs aus: Zur Jahreswende 1948/1949 hatte Heitz noch als Bürgermeister begonnen, erst kurz nach seiner Wahl überschritt die Stadt die 20000-Einwohner-Grenze, sodass er nun den Titel Oberbürgermeister führen konnte. Als er nach neun Jahren 1957 das erste Mal wiedergewählt wurde²⁸ – dann entsprechend der Gemeindevahlordnung des jungen Bundeslandes Baden-Württemberg erstmals von der Bevölkerung –, war Offenburg auf knapp 28000 Einwohner gewachsen.²⁹ Einhergehend mit dem Bevölkerungswachstum kam es zugleich zum Ausbau der technischen Werke und der sozialen Infrastruktur: So entstanden zwei neue Wasserhochbehälter, eine neue Brunnenanlage und – ebenfalls zeittypisch für ein allmählich entstehendes Umweltbewusstsein – eine Kläranlage. Umfangreichere Erneuerungsarbeiten wurden bei der Elektrizitätsversorgung und dem Schlachthof vorgenommen, die Stadt wurde an das Ferngasnetz angeschlossen, das städtische Krankenhaus erweitert und modernisiert, das St.-Josefs-Krankenhaus neu gebaut und ebenfalls schon bald erweitert.³⁰

Wirtschaftsstandort, Verkehrsdrehscheibe und Schulstadt Offenburg

Wirtschaftlicher Erfolg und damit verbundene Gewerbesteuer-einnahmen waren freilich eine Grundvoraussetzung, um den geschilderten Ausbau der technischen Infrastruktur zu finanzieren und um Arbeitsplätze für die zahlreichen Neubürger zu schaffen. – Jedoch gerade auf dem Sektor Wirtschaftspolitik musste Heitz zudem einen erheblichen Strukturwandel schul-

tern. So verlor die Landwirtschaft nach 1945 in der Ortenau zunehmend an Bedeutung. Auch traditionelle Industrien Offenburgs wie die Werbebranche (Emailplatten), die Textil- oder die Tabakindustrie konnten nicht mehr annähernd den Stand der Vorkriegszeit erreichen.³¹

Heitz gelang es jedoch ein neues Gewerbegebiet jenseits der Kinzig im Westen der Stadt, nördlich der Siedlung Albersbösch, zu erschließen.³² Hier konnten kleine und mittelständische Industrie angesiedelt werden, aber auch Großkonzerne aus dem Bereich der Elektronikindustrie (Telefunken) und der chemischen Industrie (u. a. Herstellung der Tesa-Streifen durch Beiersdorf).³³ Zudem gewann die Druckbranche immer stärker an Gewicht.³⁴ Der Burda-Verlag beschäftigte 4000 Angestellte (1973) und prägte Offenburg auch städtebaulich. Seit 1962/1963 wurde das Burda-Hochhaus zu einem modernen Wahrzeichen der Stadt; auf dem Rathausplatz stiftete Senator Franz Burda zudem die Ursula-Statue.³⁵

Zusammen mit der wirtschaftlichen Erschließung erfolgte der Ausbau der Verkehrswege, Offenburg erhielt bspw. einen öffentlichen Verkehrslandeplatz.³⁶ Vor allem aber wurde die Stadt 1960 an die Autobahn Hamburg–Frankfurt–Basel angeschlossen.³⁷ Bereits in den Jahren vor dem Anschluss Offenburgs an die Autobahn wurde auch das örtliche Straßenwesen weiter ausgebaut,³⁸ es entstanden neue Brücken über die Kinzig – und mit dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wurde der Wirtschaftsstandort Offenburg immer noch attraktiver: Seit 1967 hatte die Großhandelskette Edeka ihren zentralen Verteiler für Süddeutschland in Offenburg,³⁹ auch der Messestandort Offenburg profitierte von der verkehrsgünstigen Lage. Auf dem Messegelände entstanden zwei neue Hallen, darunter die Oberrheinhalle,⁴⁰ die als Austragungsort regionaler wie auch überregionaler Veranstaltungen den Bekanntheitsgrad der Stadt wesentlich steigerte.

Mit der Verkehrsgunst waren jedoch erhebliche Schattenseiten verbunden: In den Köpfen der Städteplaner hatte sich in den 1960er und auch in den 1970er Jahren das Ideal „der autogerechten Stadt“ festgesetzt. „Radikale, durch den Abriss historischer Gebäude, hervorgerufene Stadtbildveränderungen verfügten über einen breiten gesellschaftlichen Konsens.“⁴¹ So wurde 1963 damit begonnen, Häuser in der Kornstraße abzureißen mit dem Ziel, hier Parkplätze anzulegen. Diesem Ideal folgte vier Jahre später auch eine umfangreiche Sanierung des Lindenplatzes.⁴² Viele alte Straßen und Wege in der Innenstadt verloren ihren ursprünglichen Verlauf und in gleicher Weise wurden auch zahlreiche historische Gebäude in der

Altstadt bedenkenlos abgerissen, wie z. B. „das letzte Stadthaus des Ortenauer Landadels, Eigentum der freiherrlichen Familie von Neveu“, das dem Großversandhaus Quelle weichen musste.⁴³ Offenburg verlor ein Stück seiner Identität.

Zu den großen Erfolgen der Ära Heitz gehört dagegen der Ausbau Offenburgs zur Schulstadt. So konnte ein Laudator anlässlich des zwanzigjährigen Amtsjubiläums von Heitz 1969 darauf hinweisen, dass es dem Oberbürgermeister gelungen war, die Zahl der Klassenräume in Offenburg von hundert (einem Stand, der seit 1913 konstant geblieben war!) auf 263 zu steigern⁴⁴ – gewiss stellte dies eine Leistung von Heitz dar, jedoch spiegelt sich hier auch der allgemeine Trend wider. Tatsächlich war vielerorts um 1900 mit dem starken Wachstum der Städte in den Ausbau von Schulen investiert worden. Derartige Bemühungen brachen jedoch mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges vollständig zusammen. Infolge der Inflation, der nur kurzen Phase der Prosperität in der Weimarer Zeit und der starken Verschuldung der Städte im Zuge der Weltwirtschaftskrise erfolgten in den 1920er Jahren ebenfalls keine Investitionen in den Schulhausbau. Die Nationalsozialisten verwendeten Geld ohnehin vor allem für den Garnisonsstandort Offenburg bzw. für den Ausbau des Westwalles. Nachdem noch die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges hinzukamen, waren die Schulhäuser in den ausgehenden 1940er und beginnenden 1950er Jahren völlig überfüllt. In der zweiten Wahlperiode des Landtags von Baden-Württemberg war es schließlich allgemeiner Konsens, dass Gelder vor allem für den Neubau von Schulen und Sportstätten verwandt werden sollten.⁴⁵

Heitz hat die sich bietenden Möglichkeiten hierbei genutzt. So wurden in Offenburg die Eichendorffschule, die Waldbachschule, die Konrad-Adenauer-Schule, die Sonderschule, die Realschule und das Klostersgymnasium neu gebaut. Das Schillergymnasium wie auch das Okengymnasium wurden erweitert, das Grimmelshausen-Gymnasium erhielt einen zweiten Pavillon und die Georg-Monsch-Schule wurde renoviert.⁴⁶ Zum Ende der Amtszeit von Heitz pendelten täglich 5000 Schüler aus den Umlandgemeinden nach Offenburg.⁴⁷ Flankierend zum Ausbau Offenburgs zur Schulstadt konnte Heitz seine Gemeinde zudem um zahlreiche Institutionen aus dem Bereich Kultur, Sport und Freizeit bereichern: So entstanden Sportplätze und Großturnhallen, die Stadthalle wurde zu einem modernen Theaterbau umgewandelt, das Museum erhielt seinen heutigen Standort in der Ritterstraße, außerdem wurden ein Hallenbad und das Freizeitschwimmbad „Gifiz“ gebaut.⁴⁸

Schließlich wurde in der „Ära Heitz“ der Grundstein für den Aufstieg Offenburgs zum Hochschulstandort gelegt. Zwar blieben die Bemühungen von Oberbürgermeister und Gemeinderat um die Ansiedlung einer Pädagogischen Hochschule vergeblich,⁴⁹ jedoch war die Bewerbung um die Verlegung einer staatlichen Ingenieursschule nach Offenburg erfolgreich.⁵⁰ Aus dieser 1964 entstandenen Institution ist inzwischen die Hochschule für Wirtschaft, Technik und Medien hervorgegangen.

Bis zum Ende der 1960er Jahre war Offenburg erheblich gewachsen und gerade aus diesem Wachstum heraus entstand ein Platzproblem.⁵¹ So fehlte es angesichts der noch immer boomenden Konjunktur an Flächen sowohl für weitere Gewerbegebiete wie auch für die ebenfalls noch immer anwachsende Bevölkerung. Als Heitz 1969 zum zweiten Mal wiedergewählt wurde, hatte Offenburg auch inzwischen die 33000-Einwohner-Marke erreicht.⁵² Um nun den Platzbedarf für weitere Gewerbeansiedlung zu decken, kam es seit der Mitte der 1960er Jahre zur Gründung von Planungsgemeinschaften,⁵³ in deren Rahmen Offenburg im Zusammenspiel mit den Nachbargemeinden die weitere Regionalplanung vorantrieb. Die Planungsgemeinschaften wurden z.T. zur Vorstufe der seit 1967 von der Stuttgarter Landesregierung vorangetriebenen Gemeindereform. – Hatte Heitz während seiner ersten 20 Amtsjahre erfolgreich den wirtschaftlichen Wiederaufbau bewerkstelligt, so war dies eine bemerkenswerte, jedoch keineswegs singuläre Leistung. In etwas größeren Rahmen können bspw. Theodor Pfizer in Ulm, Paul Meyle in Heilbronn oder Johann Peter Brandenburg in Pforzheim, in etwas kleinerem Rahmen Karl Faller im benachbarten Emmendingen ebenfalls für sich beanspruchen, als tatkräftige Stadtoberhäupter ihre Gemeinden während knapp 20 Jahren durch die schwere Nachkriegszeit erfolgreich in die Jahre des Wirtschaftswunders geführt zu haben. – Beim Thema Gemeindereform vollzog Heitz jedoch nicht nur die allgemeine Entwicklung mit, sondern beanspruchte, selbst Akzente in größerem Rahmen zu setzen und sich in Entscheidungen auf Landesebene einzuschalten. Offenburg sollte nach Überzeugung von Heitz nicht nur einfach durch Eingemeindungen irgendwie wachsen, nein, der Oberbürgermeister wollte Offenburg zum Musterbeispiel einer künftigen Stadt, zum Modell für Gemeindefusionen im Südwesten entwickeln. Doch trotz des großen Engagements von Heitz um eine gute Kooperation mit den kleineren Kommunen im Rahmen der Planungsgemeinschaften und seiner Bemühungen um freiwillige

Gemeindefusionen gab es in machen Gemeinden gleichwohl erhebliche Vorbehalte gegen einen Zusammenschluss mit Offenburg, sodass es im Falle Windschlägs zur Zwangseingemeindung nach Offenburg kam.

Die Gemeindereform im Raum Offenburg – Karl Heitz als „Retter der Ortschaftsverfassung“⁵⁴

Am 17. Dezember 1974 unterzeichneten Heitz und der Bürgermeister von Windschläg, Johann Haury, den Eingemeindungsvertrag Windschlägs nach Offenburg zum 1. Januar 1975.⁵⁵ Im Rahmen der Unterzeichnung lobte Heitz die Erfahrungen mit den bisherigen neun Eingemeindungen Offenburgs, während Haury ein düsteres Zukunftsbild zeichnete. Der zukünftige Windschläger Ortsvorsteher griff zwar nicht Heitz, wohl aber die Landesregierung überaus scharf an. Die Eingemeindung Windschlägs sah er als Ausdruck eines undemokratischen Vorgehens seitens der Landesregierung. Alle Bemühungen um die Gemeindereform im Raum Offenburg beschrieb Haury als einen „Siebenjährigen Krieg“ um die Unabhängigkeit seiner Gemeinde, die zwangsläufig habe unterliegen müssen. Haury sah sich nunmehr als einen Offenburger „Muss-Bürger“, der vor dem Offenburger Oberbürgermeister und dem Gemeinderat „katzbuckeln“ müsse. Nach den Worten Haurys herrschte im Offenburger Ratszimmer Betroffenheit. Heitz versuchte dieser entgegenzuwirken, indem er betonte, die düsteren Voraussagen Haurys würden doch sicherlich nicht wahr, auch stieß er mit Haury gleichwohl auf die Zukunft Windschlägs als neuem Stadtteil Offenburgs an.

Welche der beiden Sichtweisen auf die Durchführung der Gemeindereform im Raum Offenburg war nun zutreffend? Können die insgesamt elf Eingemeindungen nach Offenburg als Erfolg gewertet werden? Hat schließlich die Stadt Offenburg die beim Abschluss der Fusionsverträge in sie gesetzten Erwartungen gegenüber den Teilorten erfüllt?

Im Dezember 1966 kam es auch in Stuttgart zur Bildung einer großen Koalition mit Hans Filbinger als Ministerpräsidenten und Walter Krause als Leiter des Innenressorts. Besonders Krause hatte die Durchführung einer Funktions-, Verwaltungs-, Kreis- und Gemeindereform zu einem seiner zentralen politischen Anliegen erklärt. So forderte er eine Reduktion der insgesamt 63 Landkreise auf 25.⁵⁶ Die Widerstände hiergegen waren erheblich, 1971 kam es sogar zu einem von der „Liga für eine demokratische Verwaltungsreform in Baden-Württem-

berg“ initiierten Volksbegehren zur Auflösung des Landtages.⁵⁷ Freilich wurde dieses von nur 8,6% der wahlberechtigten Bevölkerung unterstützt und war somit am Ende nicht erfolgreich, jedoch fiel der Schnitt bei den Landkreisen nicht derart scharf aus wie vom Innenminister ursprünglich gewünscht. Am Ende entstanden 35 statt wie vorgesehen 25 Landkreise. Im Zuge der Kreisreform wurde die Stellung Offenburgs als Sitz des Landratsamtes des neu entstandenen Ortenaukreises zusätzlich gestärkt.⁵⁸ In Offenburg mussten nunmehr auch Aufgaben wahrgenommen werden, die zuvor in die Kompetenz der Landratsämter in Kehl, Lahr, Wolfach und z. T. auch in Bühl gefallen waren.

Unmittelbar auf die Kreisreform folgte die Gemeindereform – und hier bestand erheblicher Handlungsbedarf.⁵⁹ Die Anwohner vieler kleinerer Gemeinden pendelten aus beruflichen Gründen in die nächst größeren Städte,⁶⁰ sodass zahlreiche Landgemeinden immer stärker zu reinen Wohnsiedlungen wurden, womit der Verlust von Steuerkraft (vor allem der Gewerbesteuer) einherging. Folglich sahen sich die betroffenen kleineren Kommunen nicht mehr in der Lage, ihren Bürgern eine entsprechende soziale Infrastruktur, wie Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser bis hin zum Friedhof oder Freizeitanlagen, zu bieten. Gleichzeitig expandierten Städte wie Offenburg stark und benötigten, wie schon erwähnt, dringend Gewerbeflächen. Um diesen Defiziten entgegenzuwirken, sollten Gemeinden fusionieren, die sich hinsichtlich ihrer Strukturen ergänzten, wobei die Zahl der Gemeinden in Baden-Württemberg von ca. 3400 am Beginn der 1970er Jahre ursprünglich einmal auf 500 reduziert werden sollte. Tatsächlich bestehen in Baden-Württemberg nach dem Ende der Gemeindereform ca. 1100 Kommunen. Nach Vorstellung der Landesregierung sollte jede Gemeinde in ländlichen Regionen 8000, in Ballungsgebieten mindestens 20000 Einwohner zählen. Im Zuge der Gemeindereform verfolgte Innenminister Krause zugleich das Ziel, das Land mit einem Netz von Ober-, Mittel-, Unter- und Kleinzentren zu überziehen, die jeweils über zentrale örtliche Einrichtungen verfügen sollten.

Um die Bildung größerer Gemeinden voranzutreiben, verabschiedete der Landtag 1968 das erste Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden,⁶¹ das bei Gemeindefusionen Prämien aus Mitteln des Finanzausgleiches zwischen dem Land Baden-Württemberg und seinen Kommunen für den Ausbau der Infrastruktur in den Teilorten in Aussicht stellte. Besonders großzügige Fusionsprämien gewährte das Land,

wenn kleinere Gemeinden bis zum April 1972 eine Bürgeranhörung über ihre Zukunft durchführten und sich bis zum 1. Januar 1973 zu einer Gemeindefusion entschließen konnten.⁶²

Im Raum Offenburg kam die Gemeindereform 1969 in Gang. Im Zuge der vom Innenministerium angestoßenen Zielplanung erklärten sich damals alle elf späteren Teilorte Offenburgs zum Verflechtungsbereich Offenburg zugehörig.⁶³ Jedoch wollten alle Gemeinden zunächst selbstständig bleiben. Diese einheitliche Front bröckelte jedoch bald und schon 1970 kam es zu Fusionsverhandlungen zwischen Offenburg einerseits sowie Fessenbach und Zell-Weierbach andererseits.

Die Initiative für die Gemeindefusion ging dabei jeweils von Heitz aus, der es nun als sein Ziel definierte, Offenburg zum Gegenstück Straßburgs auf der deutschen Seite des Rheins zu machen.⁶⁴ Dementsprechend lehnte Heitz Bemühungen der vier Reblandgemeinden Zell-Weierbach, Ramersweier, Fessenbach und Ortenberg, sich zu einer Gemeinde zusammenzuschließen, ab. Alle vier Gemeinden, so Heitz, seien in ihrer Struktur viel zu ähnlich und könnten sich kaum ergänzen. Auch müsse überhaupt erst eine Verwaltung für alle vier Gemeinden geschaffen werden. Offenburg könne dagegen strukturelle Nachteile aller vier Kommunen aufwiegen und verfüge über eine entsprechende Verwaltungsstruktur.

Auf Bürgerversammlungen in Fessenbach und Zell-Weierbach entwickelte Heitz im Gegenzug im Herbst 1970 ein umfassendes Programm dessen, was er bzw. die Stadt Offenburg den neu hinzukommenden Gemeinden bieten könne.⁶⁵ Mit Hilfe der Gelder aus dem Finanzausgleich konnte Heitz zunächst einmal materielle Vorteile versprechen. In Zell-Weierbach stand dabei der Bau einer neuen Gemeindehalle für über 3 Mio. DM im Mittelpunkt, außerdem erklärte sich die Stadt Offenburg bereit, etwaige Mehrkosten für die Vollendung von Schule und Kindergarten zu übernehmen. Insgesamt sollten jährlich 750000 DM – das entsprach der aus dem Finanzausgleich zur Verfügung gestellten Summe – nach Zell-Weierbach fließen. Auch konnte Heitz im Zusammenspiel mit örtlichen Befürwortern des Zusammenschlusses den Bürgern von Zell-Weierbach vorrechnen, dass es ihnen längerfristig ohne einen Zusammenschluss mit Offenburg kaum möglich sein werde, größere lokale Investitionen zu stemmen. Wenn diese gleichwohl erfolgten, entstehe daraus ein massives Ansteigen der Pro-Kopf Verschuldung in der kleinen Gemeinde, sodass langfristig doch ein Investitionsstau kommen werde.

Neben ökonomischen Versprechungen konnte Heitz den zukünftigen Teilorten auch in rechtlicher Perspektive entge-

genkommen. Die Grundlage hierfür bildete das sogenannte zweite Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden. Dieses Gesetz sieht die Möglichkeit zur Einführung der Ortschaftsverfassung vor. Das bedeutet, dass in den nunmehrigen Teilorten Ortschaftsräte gebildet, ein Ortsvorsteher bestellt und eine örtliche Verwaltung eingerichtet werden kann, wodurch den zukünftigen Teilorten ein erhebliches Maß an Autonomie verbleiben sollte. Ursprünglich hatte die CDU-Fraktion ein stärker zentralistisches Modell vorgesehen. Nach Ausweis von Landtagspräsident Camill Wurz war es jedoch Karl Heitz, der seine politischen Freunde davon überzeugte, dennoch die Ortschaftsverfassung einzuführen.⁶⁶

Im Falle Zell-Weierbachs willigte Heitz nun in die Schaffung eines zwölfköpfigen Ortschaftsrates ein.⁶⁷ Dieser hatte auch das Recht, aus seinen Reihen einen Ortsvorsteher vorzuschlagen, der schließlich vom Stadtrat Offenburg bestellt wurde. – Bei der Wahl des Offenburger Stadtrates sollte jeder Bürger Zell-Weierbachs entsprechend der Größe dieses Gremiums über dreißig Stimmen verfügen; im Übrigen sollten drei der 30 Stadträte Bürger Zell-Weierbachs sein.

Darüber hinaus legte Heitz großen Wert darauf, dass möglichst viele Aufgaben weiterhin vor Ort in Zell-Weierbach erledigt werden konnten und die Pflege des örtlichen Kulturlebens die Unterstützung durch die Stadt Offenburg erhielt. Seine Argumentation schloss Heitz mit dem Hinweis, dass Zell-Weierbach ohnehin durch die Regionalplanung in den letzten Jahren eng mit Offenburg verbunden war, im Grunde Offenburg ja nur die Aufsichtsrechte übernehme, die zuvor beim Landratsamt gelegen hätten.

Diese Argumentation war durchaus erfolgreich. Natürlich wurden auf der Bürgerversammlung in Zell-Weierbach Stimmen laut, die betonten, der Brautstrauß könne nicht groß genug sein. Ein örtlicher Lehrer artikuliert sogar einen Forderungskatalog mit 30 Punkten, die er im Falle einer Eingliederung Zell-Weierbachs nach Offenburg erfüllt wissen wollte.⁶⁸ Gleichwohl stimmten Ende 1970 sowohl in Fessenbach wie auch in Zell-Weierbach breite Mehrheiten für ein Zusammengehen mit Offenburg.⁶⁹

Diese beiden Beispiele machten Schule. 1971 schlossen sich Bühl, Elgersweier, Griesheim, Waltersweier, Weier und Ramersweier während der Offenburger Herbstmesse der Stadt (mit Wirkung zum 1. Dezember 1971) an. Auch seitens des Landes wurden Heitz' Bemühungen um die Eingliederung der Umlandgemeinden anerkannt. So wohnte Innenminister Krause der Unterzeichnung der Fusionsverträge Offenburgs

mit Fessenbach und Zell-Weierbach Ende 1970 persönlich bei und würdigte im Festvortrag die Schrittmacherrolle Offenburgs auf dem Gebiet der Gemeindereform.⁷⁰

1973 konnte schließlich die Eingemeindung von Zunsweier vollzogen werden, zum 1. Januar 1975 wurden auch noch Bohlsbach und Windschlag Teilorte Offenburgs. – Gerade aber in Windschlag waren, wie schon gehört, die Vorbehalte gegen eine Eingemeindung massiv.

Im Rahmen einer Bürgeranhörung hatten sich im Februar 1972 über 80% der Bürger Windschlags gegen eine Eingemeindung ausgesprochen, und das bei einer Wahlbeteiligung von ebenfalls über 80%! Der Gemeinderat bestätigte schließlich dieses Votum mit 8:1 Stimmen bei zwei Enthaltungen.⁷¹

Der Bürgeranhörung war eine Bürgerversammlung vorausgegangen. Anders als anlässlich der Bürgerversammlung in Zell-Weierbach waren Heitz und die Vorkämpfer für ein Zusammengehen mit Offenburg gar nicht erst eingeladen worden bzw. kamen kaum zu Wort.⁷² So konnte der christdemokratische Gemeinderat Hermann Eggs gerade einmal darauf hinweisen, dass früher oder später eine Zwangseingemeindung kommen werde und man jetzt 1972 noch Fusionsprämien „herausschlagen“ könne. Andere Fusionsbefürworter sahen sich schließlich persönlichen Invektiven ausgesetzt und mussten den Saal verlassen.

Seitens Bürgermeister Haury wurde auf der Bürgerversammlung darauf hingewiesen, dass Windschlag aus eigener Kraft in den vergangenen Jahren eine Grund- und Hauptschule gebaut und den Kindergarten erweitert hatte.⁷³ Wenn man den Gürtel etwas enger schnalle, dann könne man auch in Zukunft anfallende Aufgaben bewältigen. Heitz und dem Offenburger Stadtrat wurde unterstellt, diese würden kaum Investitionen in der Kernstadt zugunsten Windschlags vernachlässigen. Darüber hinaus fielen noch einige sehr bemerkenswerte Argumente: Wenn Windschlag Teilort Offenburgs werde, so würde hier zukünftig die Post nicht mehr pünktlich zugestellt.

Letztendlich gelang es Windschlag jedoch nur noch knapp zweieinhalb Jahre seine Eigenständigkeit zu bewahren.⁷⁴ Im Herbst 1973 ordnete der nach den Landtagswahlen des Vorjahres ins Amt gekommene Innenminister Karl Schieß an, die Gemeindereform nunmehr auf dem Gesetzesweg zu einem zügigen Ende zu führen. Hierfür waren neuerliche Bürgeranhörungen vorgesehen. Auf der Grundlage des Ergebnisses dieser Bürgeranhörungen sollten anschließend die Gesetzesentwürfe für weitere Eingemeindungen erarbeitet und im Landtag

beschlossen werden. Die Windschläger Bürger lehnten die Eingemeindung nach Offenburg im Januar 1974 ein weiteres Mal mit einem ähnlich eindeutigen Ergebnis wie im Februar 1972 ab. Gleichwohl wurde die Eingemeindung Windschlägs nach Offenburg per Gesetz zum 1. Januar 1975 vollzogen, was für Haury den Ausgangspunkt seiner Wutrede aus Anlass der Unterzeichnung der Eingemeindungsverträge mit Heitz gab. Für Befremden sorgte in Windschläg besonders die Tatsache, dass andere Gemeinden des Ortenaukreises, die in etwa gleich groß waren (Ortenberg, Ohlsbach und Berghaupten) ihre Selbstständigkeit wahren konnten, möglicherweise aufgrund der parteipolitischen Zugehörigkeit der jeweiligen Bürgermeister zur seit 1972 in Baden-Württemberg allein regierenden CDU. – Auch in der Folgezeit vergaß es Haury freilich nie, gegenüber Heitz und dem Offenburger Gemeinderat darauf hinzuweisen, dass Windschläg nicht zur Stieftochter Offenburgs werden dürfe.⁷⁵

Letztlich bleiben die Befürchtungen Haurys unverstänlich, denn Heitz und der Offenburger Gemeinderat hatten sich gegenüber den bereits zuvor eingemeindeten Teilorten als durchaus loyale Vertragspartner erwiesen.⁷⁶ So hatte bspw. Zell-Weierbach entsprechend den Zusagen des Offenburger Oberbürgermeisters eine Festhalle für 3,6 Mio. DM erhalten. Sogar über die Verpflichtungen in den Eingemeindungsverträgen hinaus bekam Zell-Weierbach ein Feuerwehrgerätehaus samt neuem Löschfahrzeug, auch wurde hier eine neue Bank errichtet, die „außerdem ein wirtschaftlich bedeutender Faktor auf dem Bausektor“ war.⁷⁷ Hinzu kam noch ein „Trimm-Dich-Pfad“, wie auch die Flurbereinigung vorangetrieben wurde. Heitz hatte sich verpflichtet, namens der Stadt all diese Investitionen in einer Zeitspanne von sechs Jahren vorzunehmen. Tatsächlich waren die meisten dieser Vorhaben bereits vor Ablauf der Sechs-Jahres-Frist abgeleistet.⁷⁸

Die skizzierte Entwicklung für Zell-Weierbach steht stellvertretend für die übrigen Offenburger Teilorte. Auch hier entstanden Festhallen, Feuerwehrgebäude, Kinderspielplätze und Naherholungsgebiete. Der Ausbau der Druckwasserleitungen wurde gleichfalls fortgeführt.⁷⁹ – Aus Sicht der Stadt Offenburg besonders interessant war die Erschließung weiterer Gewerbegebiete, so zwischen der B33 und der B3 in Elgersweier⁸⁰ wie auch in Zunsweier.

Auch über die Amtszeit von Heitz hinaus ist die Stadt Offenburg ihren Verpflichtungen nachgekommen und hat in etwas über 20 Jahren insgesamt Investitionen von ca. 250 Mio. DM in ihren Teilorten getätigt.⁸¹

Zusammenfassung: Ein „dynamischer OB“⁸²

Anlässlich der Verabschiedung von Heitz als Offenburger Stadtoberhaupt im Januar 1976 resümierte das Offenburger Tageblatt: „Das Vierteljahrhundert der Ära Heitz wird als das dynamischste in die reiche Geschichte der Stadt Offenburg eingehen.“⁸³ Schon 1969 hatte das gleiche Blatt betont, Offenburg sei in den letzten 20 Jahren stärker gewachsen als in den vorangegangenen 100 Jahren zuvor.⁸⁴ – Wenn auch Lobeshymnen anlässlich des Ausscheidens von Politikern durchaus üblich sind, so kann man gleichwohl den anerkennenden Worten des Offenburger Tageblatts beipflichten: Als Heitz Ende 1948 zum schon fünften Offenburger Stadtoberhaupt der Nachkriegszeit gewählt wurde, fehlte es an finanziellen Mitteln, das Verhältnis zur Besatzungsmacht war belastet und gleichzeitig sah sich die Stadt mit der Herausforderung konfrontiert, fast 2600 Heimatvertriebene, die dauerhaft in Offenburg bleiben sollten, zu integrieren. In der Siedlung Albersbösch konnte diesen jedoch eine neue Heimstatt geboten werden, schon bald wurden weitere Wohngebiete erschlossen. Auf diesem Gebiet investierte Offenburg in Relation zur Größe der Stadt sogar mehr als Köln und konnte folglich im Wohnungsbau eine Spitzenstellung in der Bundesrepublik für sich beanspruchen. Zusammen mit dem Wohnungsbau wurden die technischen Werke erneuert und Offenburg zum Schulstandort ausgebaut. Investitionen in den Messestandort und eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik im neuen Gewerbegebiet im Westen der Stadt, nördlich der Siedlung Albersbösch, machten sich finanziell überaus positiv bemerkbar: Zwischen 1949 und 1975 wuchsen die Gewerbesteuererinnahmen von 1,9 Mio. DM auf 35 Mio. DM, das städtische Haushaltsvolumen konnte von 5,4 Mio. auf 135 Mio. DM gesteigert werden und die Einwohnerzahl stieg von 20000 (1949) mitsamt den Eingemeindungen auf 52000 (1975).⁸⁵

Selbstverständlich waren dies beachtliche Erfolge, sie waren aber freilich nicht zuletzt Dank der allgemeinen Prosperität vom Beginn der 1950er bis zum Beginn der 1970er Jahre möglich. In der Frage der Eingemeindungen hat Heitz jedoch nicht nur die allgemeine Entwicklung nachvollzogen, sondern vielmehr selbstständig Akzente gesetzt. Durch sein Eintreten für die Ortschaftsverfassung konnte den Teilorten ein gutes Stück Autonomie gewährt werden, sodass diese bis auf Windschläg freiwillig den Zusammenschluss mit Offenburg suchten. Mit Hilfe der vom Land bewilligten Fusionsprämien konnte Heitz schließlich auch in den Teilorten großzügig investieren. Dabei

erwies sich Heitz als loyaler Vertragspartner, der nahezu alle Investitionsversprechen noch vor Ablauf der in den Eingemeindungsverträgen vorgeschriebenen Frist von sechs Jahren einlöste.

Heitz hat auch über Offenburg hinaus Spuren hinterlassen: Hatte Offenburg über Jahrhunderte die Funktion eines militärischen Brückenkopfes, so wurde die Stadt nun zu einem „Brückenkopf der Völkerverständigung“:⁸⁶ Schon 1952 kam es zu einem ersten Jugendaustausch mit Frankreich, ab 1957 folgte eine Schulpartnerschaft mit der Juragemeinde Lons le Saunier, aus der zwei Jahre später die erste Städtepartnerschaft Offenburgs erwuchs. Eine zweite Städtepartnerschaft konnte 1965 mit dem österreichischen Weiz abgeschlossen werden.

Privat galt Heitz als sportbegeistert – dementsprechend hatte der Sport auch seinem Wirken zunächst seit 1956 als stellvertretender, dann Vorsitzender des Sportausschusses des Deutschen Städtetags geprägt (1960–1975). Während seiner Amtszeit als Oberbürgermeister war er gleichzeitig 1970–1975 Präsident des Offenburger FV, der während dieser Jahre zweimal die südbadische Amateurmeisterschaft (1974, 1975) gewinnen konnte.⁸⁷ Hatte die Stadt Offenburg Heitz 1975 zu ihrem Ehrenbürger ernannt, so hat der Offenburger FV sein Andenken vier Jahre nach seinem Tod am 8. Juli 1977 durch die Benennung des Karl-Heitz-Stadions gepflegt.

Literatur

- Feuchte, Paul: Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg (Stuttgart 1983)
 Gall, Wolfgang M.: Kleine Geschichte der Stadt Offenburg (Karlsruhe 2013)
 Kähni, Otto: Offenburg und die Ortenau (Offenburg 1976)
 Müller, Bernd: Windschlag bleibt Windschlag, oder wird zum Negerdorf: vor über 20 Jahren wurde die Zwangsehe zwischen Offenburg und Windschlag geschlossen, in: D'r Windschläger Bött 1995, 18–24
 Sepaintner, Fred Ludwig: Baden-Württemberg 1960–1992. In: Schwarzmaier, Hansmartin/ Schaab, Meinrad (Hrsg.): Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. 4. Band. Die Länder seit 1918 (Stuttgart 2003), 591–895.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Badener Tagblatt 21.12.1948: Karl Heitz zum Offenburger Stadtoberhaupt gewählt. – Der Autor dankt Dr. Wolfgang M. Gall und David Boomers (beide Stadtarchiv Offenburg) für ihre Unterstützung bei der Recherche sowie Tipps und Hinweise bei der Beschäftigung mit Karl Heitz ganz herzlich.
- 2 Zu Walter Blumenstock und dessen couragiertem Auftreten gegenüber den Nationalsozialisten vgl. Kähni, Otto: Offenburgs Stadtoberhäupter seit 1803. In: Die Ortenau 47, 1967, 41–76; hier: 70; Ruch, Martin: Verfolgung und Widerstand in Offenburg (Offenburg 1994), 52–57.

- 3 Badener Tagblatt 21.12.1948: Karl Heitz zum Offenburger Stadtoberhaupt gewählt.
- 4 Rotary Club Offenburg: Vortrag von Manfred Wacker auf dem Meeting am 18. Juli 1977 in Memoriam Karl Heitz, 2, Manuskript hinterlegt, in: StadtA Offenburg, Personengeschichtliche Sammlung Karl Heitz.
- 5 Badener Tagblatt 21.12.1958: Der neue Bürgermeister vor großen Aufgaben; zu den Schwierigkeiten Offenburgs in den ersten Nachkriegsjahren vgl. Köhler, Werner: Offenburg nach 1945: Neubeginn und Wiederaufbau in Politik und Gesellschaft (Freiburg i. Br. 1993); Gall, Wolfgang M.: Die Stadtverwaltung Offenburg zwischen Zusammenbruch und demokratischem Neuanfang in Offenburg 1945–1947. In: Bräunche, Ernst Otto (Hrsg.): Stadt und Demokratie (Ostfildern 2014), 195–221.
- 6 Badener Tagblatt 21.12.1958: Der neue Bürgermeister vor großen Aufgaben.
- 7 Die Ausführungen von Heitz bei der Kandidatenvorstellung waren in der Summe eher allgemein gehalten. Allerdings betonte er bereits hier die verkehrsgünstige Lage Offenburgs; vgl. Auszug aus dem Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 13.12.1948, Nr. 582: Vorstellung der Kandidaten für die Bürgermeisterwahl. In: StadtA Offenburg 8/5294, Personalakte Karl Heitz, 1948–31.12.1967.
- 8 Offenburger Tageblatt (OT) 31.12.1973: Nach 25 Jahren.
- 9 Zu Offenburg in der Weimarer Zeit vgl. die entsprechenden Beiträge im Sammelband Eisele, Klaus/Scholtzseck, Joachim (Hrsg.): Offenburg 1919–1949. Zwischen Demokratie und Diktatur (Konstanz 2004); sowie zusammenfassend Gall 2013, 164–176.
- 10 Badisches Tagblatt 19.1.1974: Er hat das Tor zum größeren Offenburg aufgestoßen.
- 11 Vgl. OT 31.12.1973: Nach 25 Jahren.
- 12 Zum Lebensweg von Heitz bis zu seiner Bürgermeisterwahl vgl. die Ständesliste; Heitz, Karl. In: StadtA Offenburg 8/5294, Personalakte Karl Heitz, 1948– 31.12.1967.
- 13 Vgl. BArch R 9361 – VIII Kartei/ 9831008 und BArch R 9361-IX Kartei/ 14541446. – Zu Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen in Offenburg, die bereits im Laufe der 1920er Jahre in die NSDAP eintraten, und deren Netzwerken vgl. Gall, Wolfgang M.: Von der Schulbank zur NSDAP. Neue Erkenntnisse zur Entstehungsgeschichte der Offenburger NSDAP (1922–1928). In: Haumann, Heiko/Schellinger, Uwe (Hrsg.): Vom Nationalsozialismus zur Besatzungsherrschaft (Ubstadt-Weiher u. a. 2018), 13–42; ders.: „Braune Spuren“. Karrieren städtischer NS-Eliten in Offenburg 1920–1960. In: Neisen, Robert/Maulhardt, Heinrich/Krimm, Konrad (Hrsg.): Kommunen im Nationalsozialismus (Ostfildern 2019), 321–344. Aus den Recherchen von Gall ergibt sich jedoch kein Hinweis auf eine nähere Verbindung von Heitz zu einer der vorgestellten Persönlichkeiten.
- 14 Säuberungsbescheinigung, Heitz, Karl vom 14.6.1948, in: StadtA Offenburg 8/5294, Personalakte Karl Heitz, 1948– 31.12.1967.
- 15 Vgl. Fragebogen. Anlage zum Antrag auf Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei; Bestätigung NSKK, in: BArch R 9361 II – 390746.
- 16 Zur Bedeutung bzw. Interpretation des Beitrittsdatums zur NSDAP vgl. Danker, Uwe/Lehmann-Himmel, Sebastian: Landespolitik mit Vergangenheit (Husum 2017), 118–120.
- 17 Zu Franz-Xaver Honold und Reinhold Frank vgl. Kißener, Michael: Für das Recht. Die Karlsruher Widerstandsgruppe um Reinhold Frank. In: Ders./Lill, Rudolf (Hrsg.): 20. Juli 1944 in Baden und Württemberg (Konstanz 1994), 19–59; Gross, Robert: Reinhold Frank: Urteil – Vollstreckung – Nachurteil (Karlsruhe 2016).
- 18 Zum Überblick über das Wirken von Heitz als Offenburger Gemeindeoberhaupt vgl. die bilanzierenden Artikel aus Anlass von Amtsjubiläen bzw. dem Ausscheiden aus dem Dienst OT 18.1.1969: Große Gratulationscour für Karl Heitz; OT 31.12.1973: Nach 25 Jahren; OT 31.12.1975: Um Mitternacht geht die „Ära Heitz“ zu Ende; ebd.: Nach 27 Jahren verlässt Karl Heitz heute das Rathaus; OT 16.1.1976: Ein dynamischer OB. – Von Heitz selbst liegen mehrere Rechenschaftsberichte vor, vgl. OT 17.10.1957: Neun Jahre Aufbauarbeit; OT 17.10.1959: Baggersee soll großen Deich ersetzen (Rechenschaftsbericht auf einer kommunalpolitischen Aussprache der CDU). Zudem veröffentlichte die Stadtverwaltung jährliche Arbeitsberichte in der Tagespresse, vgl. bspw. OT 31.12.1954: Die Stadt Offenburg an der Jahreswende; OT 31.12.1957: Jahresüberblick der Stadtverwaltung Offenburg. – Zur Entwicklung Offenburgs nach 1945 vgl. Kähni 1976,

- 240–260; Offenburg im Wandel. 4. Fotografien aus der Zeit zwischen 1950 und 1975. Offenburg 1989; Gall 2013, 191–219.
- 19 OT 18.1.1969: Große Gratulationscour für Karl Heitz mit dem Abschnitt: Siedlung Albersbösch – ein Markstein.
- 20 OT 31.12.1951: Am Hauptproblem hat sich nichts geändert (die Artikelüberschrift bezieht sich auf die noch immer bestehende Wohnungsnot, die Neuordnung der Gemeindeverwaltung wird kurz genannt); OT 31.12.1954: Die Stadt Offenburg an der Jahreswende mit dem Abschnitt: Die Auswirkungen auf die Versorgungsanlagen. Der Artikel schließt mit dem Hinweis, dass sämtliche Aufgaben der Stadtverwaltung mit einem im Vergleich zur Vorkriegszeit nahezu unveränderten Personalbestand bewältigt wurden. – Zur Organisation der Stadtverwaltung vgl. auch OT 22.9.1956: Das Grundgesetz von Offenburg; OT 31.12.1957: Jahresüberblick der Stadtverwaltung Offenburg mit dem Abschnitt: Organisation und Leitung der Stadtverwaltung.
- 21 Zur Pflege der Beziehungen zur französischen Besatzungsmacht vgl. den Bericht über den Besuch des französischen Hochkommissars in Offenburg, Badisches Tageblatt 6.11.1949: „Offenburg – Vorposten freundnachbarlicher Gesinnung“. – Zur Wohnungsnot bzw. zur Beanspruchung von Wohnraum durch die französische Garnison vgl. Badisches Tageblatt 3.12.1949: Nur 50% der Beschäftigten wohnen in Offenburg; OT 30.12.1950: Offenburg ist die Metropole der Ortenau; OT 31.12.1951: Am Hauptproblem hat sich nichts geändert; OT 31.12.1952: Offenburger Jahresrückblick 1952. Metropole der Ortenau im Zeichen großer Wohnungsbauaktion und zahlreicher Landestagungen; Gall 2013, 200f. – In der Mitte der 1950er Jahre war schließlich der Ausbau der Franzosen-Viertel „im Lerchenrain“ und „im Galgenfeld“ abgeschlossen, sodass die Franzosen von diesem Zeitpunkt an verstärkt Raumkapazitäten in der Innenstadt freigaben, vgl. OT 10.5.1954: Der Lerchenrain wird bezogen; OT 14.8.1954: Klein-Frankreich in Offenburg.
- 22 Zahlangabe nach OT 31.12.1953: An der Jahreswende – der Flüchtlingsanteil an der Bevölkerung betrug somit genau 10%.
- 23 Gerhard Borawski: Vertriebene und Flüchtlinge 1950 und 1961. In: Historischer Atlas von Baden-Württemberg. Erläuterungen (Bd. II): Beiwort zu Karte XII, 06 (Stuttgart 1988), 1–12; speziell zur Situation in Offenburg vgl. Badener Tagblatt 6.10.1948: Dänemark-Flüchtlinge treffen ein; Badisches Tageblatt 4.1.1949: Notopfer für die Flüchtlinge; Badisches Tageblatt 22.1.1949: Im Kreis 3420 Flüchtlinge; Badisches Tageblatt 15.3.1949: Flüchtlinge für die Französische Zone; Badisches Tageblatt 11.6.1949: Will man einen fünften Stand?; Badisches Tageblatt 18.6.1949: Die Stimme der Flüchtlinge; Badisches Tageblatt 25.6.1949: Wo sollen die Flüchtlinge wohnen?; Badisches Tageblatt 23.8.1949: Die Unterbringung der Flüchtlinge; OT 26.1.1950: Soforthilfe nur ein Heftpflaster; OT 25.3.1950: Im „Zug der Hoffnung“ nach Südbaden; Gall 2013, 203f.
- 24 Vgl. OT 26.7.1954: Albersbösch – Neue Heimat für Vertriebene; OT 11.10.1954: Offenburgs schönste Schule eingerichtet. Gleichzeitig Einweihung der Vertriebenen-Siedlung in Albersbösch ...; OT 31.12.1955: Offenburg an der Jahreswende mit dem Unterabschnitt: Stadtteil Albersbösch größer als Rammersweier; OT 31.12.1955: Offenburg wandelt sein Gesicht (mit Abbildung der Siedlung Albersbösch); Rotary Club Offenburg: Vortrag von Manfred Wacker auf dem Meeting am 18. Juli 1977 in Memoriam Karl Heitz, 3, Manuskript hinterlegt, in: StadtA Offenburg, Personengeschichtliche Sammlung Karl Heitz.
- 25 Vgl. OT 31.8.1953: Primitivwohnungen in der „Nachtweide“?
- 26 Zum Thema Wohnungsbau vgl. u. a. OT 31.12.1953: An der Jahreswende (Kreditgewährung für weiteren Ausbau der Siedlung Albersbösch und der Siedlung Hildboltsweier); Nennung von Bauvorhaben im tabellarischen Jahresüberblick 1953, in: StadtA Offenburg 025–2, Stadtgeschichte 1945–55 Chronik; OT 31.12.1954: Die Stadt Offenburg an der Jahreswende (mit umfangreichen Zahlen zum Wohnungsbau seit 1948); OT 31.12.1956: Offenburg an der Jahreswende 1956/1957 mit dem Abschnitt: Hauptsorge Wohnraumbeschaffung; OT 31.12.1958: Offenburg an der Jahreswende mit dem Unterabschnitt: Wohnungen und Wohnbauförderung; OT 21.12.1960: Letzte Stunde des Wohnungsamtes; OT 1.9.1961: Auf 50000 Einwohner ausgerichtet (gemäß den hier zusammengestellten Äußerungen von Bürgermeister Eugen End hatte Offenburg seit Kriegsende 8,3 Mio. DM – in Relation zur Einwohnerzahl zehnmal soviel wie Köln – in den Wohnungsbau investiert. Gleichwohl beschrieb der Bürgermeister auch sechzehn Jahre nach Kriegsende den Wohnungsmarkt noch als überaus kritisch); Kähni 1976, 242.

- 27 In den 1950er und 1960er Jahren wurde schließlich der Kinzigdamm verstärkt, um dem bis dahin regelmäßig wiederkehrenden Hochwasser entgegenzutreten, vgl. u. a. OT 27.8.1953: Offenburg wird vor Hochwasser gesichert; OT 5.6.1954: Kinzigdämme jetzt hochwasserfest; OT 14.5.1958: Neues Industriegebiet im Seewinkel?
- 28 Vgl. OT 21.10.1957: Oberbürgermeister Heitz auf 12 weitere Jahre gewählt.
- 29 Vgl. OT 31.12.1957: Jahresrückblick der Stadtverwaltung mit dem Abschnitt: Einwohner-Meldekartei umgestellt.
- 30 Zu den einzelnen Infrastrukturmaßnahmen vgl. u. a. OT 25.10.1954: St.-Josefs-Krankenhaus in Offenburg; OT 31.12.1954: Die Stadt Offenburg an der Jahreswende mit dem Abschnitt: Die Auswirkungen auf die Versorgungsanlagen; OT 31.12.1955: Offenburg wandelt sein Gesicht (mit Abbildungen der im Bau befindlichen Kläranlage, des neuen Umspannwerkes und dem ebenfalls 1956 eingeweihten Feuerwehrhaus); OT 31.12.1956: Offenburg an der Jahreswende 1956/1957 mit den Abschnitten: 1957 sind folgende Bauten vorgesehen, Schwierige Verkehrsverhältnisse in der Stadtmitte, Patientenzahl im Krankenhaus gestiegen; OT 11.1.1957: Heute Einweihung des Operationstraktes; OT 31.12.1957: Jahresrückblick der Stadtverwaltung mit den Abschnitten: Städtisches Krankenhaus, Moderne Einrichtungen für den Schlachthof; OT 31.12.1958: Ein Stück Alt-Offenburg ging dahin mit dem Unterabschnitt: Neubauten – Richtfeste; OT 31.12.1958: Offenburg an der Jahreswende mit den Unterabschnitten: Städtisches Krankenhaus, Stadtwerke, Schlachthof; OT 16.2.1959: Ein Haus um die Wiege gebaut; OT 11.4.1961: Neue Abteilung im St. Josefskrankenhaus; OT 15.4.1961: Eine neue Abteilung im St.-Josefs-Krankenhaus; OT 17.4.1961: St. Josefskrankenhaus erfuh Krönung; OT 31.10.1961: Offenburg erhält Ferngas; OT 31.12.1963: Ein freundliches und verheißungsvolles Bild; – die Liste der Infrastrukturmaßnahmen ließe sich erweitern, bspw. um die Einrichtung des Weingarten-Friedhofes, vgl. OT 22.8.1959: Großbaustellen am Frauenweg; OT 28.11.1960: „Würdige Ruhestätten zu schaffen ...“
- 31 Vgl. Kähni 1976, 245; Gall 2013, 205.
- 32 Vgl. OT 14.5.1958: Neues Industriegebiet im Seewinkel?; OT 31.12.1958: Ein Stück Alt-Offenburg ging dahin (mit Hinweisen zur Industrieansiedelung und auf die angelaufenen Verhandlungen mit Beiersdorf); OT 31.12.1958: Offenburg an der Jahreswende mit dem Unterabschnitt: Stadtplanung und Grundstückswesen; OT 19.8.1961: Viele siedeln im neuen Industriegebiet; Gall 2013, 205–207.
- 33 Vgl. OT 12.6.1958: Offenburg erfüllt die Bedingungen; OT 19.6.1959: Beiersdorf – Vertrag unter Dach und Fach; Kähni 1976, 248. – Dagegen zerschlug sich eine Ansiedlung eines Siemens-Werks zu Herstellung vollautomatischer Waschmaschinen, vgl. OT 7.7.1961: Warum Siemens nicht nach Offenburg kam.
- 34 Zur Entwicklung von Burda OT 28.6.1954: Großdruckerei Burda wächst weiter; Kähni 1976, 245 f.
- 35 OT 28.10.1961: Zum 60. Geburtstag soll das Hochhaus stehen. Dr. Burda vollzog mit einem Bagger den ersten Spatenstich zum Verwaltungsgebäude auf dem alten Messplatz. – Zur Ursula-Statue vgl. OT 04.6.1960: Ausstellung der Ursula-Säulen eröffnet; OT 31.12.1961: Ein Jahr großer Ereignisse; Gall 2013, 206 f.
- 36 Dieser war auch mehrfach Austragungsort von Flugtagen mit großem Publikumsinteresse vgl. OT 25.5.1960: Großflugtag mit glänzendem Programm; OT 12.6.1961: Großartige Leistungen beim Offenburger Flugtag. – Zum Ausbau des Verkehrslandeplatzes in den 1970er Jahren vgl. OT 15.3.1975: Moderne Industrie zwischen Schwarzwald und Rhein. I. Das Industriegebiet Elgersweier.
- 37 Vgl. OT 16.4.1960: Die Autobahn vor der Haustüre; OT 1.10.1960: Das Offenburger Ei; ebd.: Anschluss an Europa; OT 3.10.1960: Auf der Autobahn bis Offenburg; OT 6.10.1960: Prolog zur Autobahneröffnung. – Selbstverständlich hatte in der Ära Heitz auch der Güterbahnhof weiterhin zentrale Bedeutung, vgl. OT 24.11.1951: Täglich 800–1300 Tonnen Güterumschlag. Offenburg – die größte Güterumladestelle des Südwestens.
- 38 Vgl. OT 31.12.1954: Die Stadt Offenburg an der Jahreswende mit dem Unterabschnitt: Die Auswirkungen auf die Versorgungsanlagen. Die Verkehrsverhältnisse bereiten Sorgen; OT 31.12.1958: Ein Stück Alt-Offenburg ging dahin mit dem Unterabschnitt: Neubauten – Richtfeste; OT 31.12.1958: Offenburg an der Jahreswende mit den Unterabschnitten: Stadtplanung

- und Grundstückswesen, Tiefbauamt; OT 4.10.1961: Neue Bundesstraße 33 bald befahrbar; Kähni 1976, 244.
- 39 Zur Ansiedlung von Edeka und der Entwicklung des Großhandels vgl. Kähni 1976, 248.
- 40 Zur Konzeption der schließlich 1963 fertig gestellten Oberrheinhalle vgl. OT 15.4.1961: Wie die Mehrzweckhalle aussehen wird; OT 24.5.1961: Im Sommer Baubeginn der Mehrzweckhalle; OT 13.6.1961: Mehrzweckhalle in moderner Gestaltung. – Zur Fertigstellung der Halle OT 31.12.1963: Ein freundliches und verheißungsvolles Bild; zur Entwicklung der Messe vgl. auch Kähni 1976, 249f.
- 41 Gall 2013, 208.
- 42 Ebd.– Zur Schaffung von Parkplätzen als Thema der Kommunalpolitik vgl. u. a. OT 31.12.1959: Parkplätze in der Gerichtsstraße und Lange Straße; OT 23.3.1957: Rée-Anlage erhält neues Gesicht. – Der Artikel betont zwar, dass auch in der Moderne Ruhezonen und Grünflächen für den Bürger notwendig seien, hebt aber zugleich die Notwendigkeit des Parkplatzbaues stark hervor.
- 43 Kähni 1976, 248; zum Abriss historischer Gebäude vgl. auch Gall 2013, 210.
- 44 OT 18.1.1969: Große Gratulationscour für Karl Heitz.
- 45 Insbesondere die SPD verstand sich als treibende Kraft beim Schulhausneubau, vgl. daher den umfassenden Bericht der SPD-Landtagsfraktion zu Investitionen im Schulhausbau in den 1950er Jahren: Leistung und Erfolg. Rechenschaftsbericht der Sozialdemokratischen Fraktion des Landtags von Baden-Württemberg 1956–1960 (Stuttgart 1960), 93–103.
- 46 Zu den verschiedenen Schulhausneubauten vgl. u. a. OT 19.9.1953: Die neue Gewerbeschule; OT 11.10.1954: Offenburgs schönste Schule eingerichtet. Gleichzeitig Einweihung der Vertriebenen-Siedlung in Albersbösch ...; OT 18.9.1956: Schulbau vor allen anderen Maßnahmen; OT 31.12.1958: Offenburg an der Jahreswende mit dem Unterabschnitt: Neubau der Volksschule auf den Waldbachwiesen; OT 23.4.1960: Schule und Heimstätte zugleich. Waldbachschule zu Beginn des neuen Schuljahres feierlich eingeweiht; OT 31.12.1963: Ein freundliches und verheißungsvolles Bild; Kähni 1976, 252–254.
- 47 Vgl. Kähni 1976, 261.
- 48 Vgl. 31.12.1955: Offenburg an der Jahreswende mit dem Abschnitt: Sportanlagen und Spielstätten; OT 31.12.1956: Offenburg an der Jahreswende 1956/1957 mit dem Abschnitt: 1957 sind folgende Bauten vorgesehen; OT 30.12.1957: Museum kommt in altes Landgericht; OT 31.12.1957: Jahresrückblick der Stadtverwaltung mit dem Abschnitt: Moderne Einrichtungen für den Schlachthof (in diesem Zusammenhang wird auch auf den Sportstättenbau eingegangen); ebd.: Abbildung der neu geschaffenen Sportstätte in der „Unteren Bannbösch“; OT 26.3.1960: Erholungszentrum auf der „Gifiz“. – Zur Entwicklung des kulturellen Lebens vgl. zudem Kähni 1976, 250–252.
- 49 Vgl. u. a. OT 29.11.1963: Pädagogische Hochschule für Offenburg; OT 19.2.1964: Offenburg hat beste Voraussetzungen; OT 8.2.1965: Offenburg wäre der beste Standort; OT 9.6.1965: Noch einmal wurden die Städte gefragt.
- 50 Zur Ingenieursschule vgl. OT 20.10.1961: Ist die Entscheidung schon gefallen?; OT 26.10.1961: Offenburger Sieg im Rennen um die Ingenieursschule.
- 51 Bereits 1953 musste Heitz auf einer Bürgerversammlung feststellen: „Die Stadt steht fast überall schon an den Grenzen ihrer Gemarkung und nur im Süden und Westen gibt es noch einige Ausdehnungsmöglichkeiten“, OT 31.8.1953: Primitivwohnungen in der „Nachtweide“?; ähnlich OT 31.12.1953: An der Jahreswende.
- 52 Vgl. Kähni 1976, 240.
- 53 Zum Planungszweckverband Offenburg vgl. StAF F 30/1 Nr. 5482.
- 54 OT 17.1.1976: Zahlreiche Ehrungen und Glückwünsche für Karl Heitz.
- 55 OT 18.12.1974: Kein „Katzbuckeln“ und keine Zwangsbürger; ebd.: OB Heitz: Windschläger sollen sich wohl fühlen können; Badisches Tagblatt 18.12.1974: Konsequent bis zuletzt; Badisches Tagblatt 19.12.1974: Aus dem Zusammenschluss soll „nur Gutes kommen“. – Grundsätzlich zur Gemeindereform im Raum Offenburg vgl. Müller 1995, 18.
- 56 Zur Kreisreform vgl. Feuchte 1983, 392–393; Römer, Karl: Die Gemeinde- und Kreisreform in Baden-Württemberg (1967 bis 1975). In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 68, 2009, 391–407; Sepaintner 2003, 762–766.

- 57 Zu diesem Volksbegehren vgl. Sepaintner 2003, 639.
- 58 Zur Entstehung und Entwicklung des Ortenaukreises vgl. Gamber, Gerhard: Der Ortenaukreis – 10 Jahre danach. In: Die Ortenau 63, 1983, 30–40; Fehringer, Günther: 20 Jahre Ortenaukreis. In: ebd. 73, 1993, 57–76; Gamber, Gerhard: Der Landkreis Lahr in der Kreisreform. In: Geroldsecker Land 38, 1995, 16–22.
- 59 Zu den im Folgenden genannten Zielen der Gemeindereform vgl. Feuchte 1983, 393–403; Föll, Werner (Bearb.): Chronik der Stadt Heilbronn 1970–1974 (Heilbronn 1999), XIV–XVI; Sepaintner 2003, 767–770.
- 60 Schon an der Jahreswende 1955/1956 pendelten täglich 9000 Arbeitnehmer nach Offenburg, womit die Stadt „die relativ höchste Pendlerzahl der gesamten Bundesrepublik“ aufwies, vgl. OT 31.12.1955: Offenburg an der Jahreswende mit dem Unterabschnitt: Offenburgs Pendlerproblem; zur Anzahl der Pendler vgl. auch OT 31.12.1956: Offenburg an der Jahreswende 1956/1957 mit dem Unterabschnitt: Das Problem der Pendler. Bis 1976 war die Zahl der Berufspendler nach Offenburg schließlich auf 14000 am Tag gestiegen, vgl. Kähni 1976, 261.
- 61 Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden. In: Gesetzblatt für Baden-Württemberg Nr. 8 vom 29.3.1968, S. 114–117.
- 62 Zum Umfang der Fusionsprämien vgl. Schimanke, Dieter: Verwaltungsreform Baden-Württemberg. Verwaltungsinnovation als politisch-innovativer Prozess (Berlin 1978), 117 f.
- 63 Vgl. Müller 1995, 20.
- 64 Hierzu wie auch zum Folgenden vgl. OT 14.9.1970: „Vereinbarungen mit Offenburg nützen der Gemeinde“; ebd.: „Hochzeitsstrauß kann nicht groß genug sein“; OT 8.10.1970: „Ich glaube an die Ehrlichkeit der Offenburger“.
- 65 Ebd.
- 66 Vgl. Badisches Tagblatt 17.1.1976: Zahlreiche Ehrungen und Glückwünsche für Karl Heitz, mit der Zwischenüberschrift „Retter der Ortschaftsverfassung“. – Zur Ortschaftsverfassung vgl. Zweites Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden. In: Gesetzblatt für Baden-Württemberg Nr. 20 vom 14.8.1970, S. 419–421, Abs. 3 § 76 a) – § 76 d); Metzger, Paul/Sixt, Werner: Die Ortschaftsverfassung in Baden-Württemberg. Eine Orientierung für Ortschaftsräte und Ortsvorsteher (3. Aufl. Stuttgart u. a. 1994).
- 67 Zum Folgenden vgl. OT 14.9.1970: „Vereinbarungen mit Offenburg nützen der Gemeinde“; ebd.: „Hochzeitsstrauß kann nicht groß genug sein“; OT 8.10.1970: „Ich glaube an die Ehrlichkeit der Offenburger“.
- 68 Ebd.
- 69 Vgl. OT 21.11.1970: Historische Stunde des Zusammenschlusses mit Nachbarn.
- 70 Vgl. ebd.
- 71 OT 4.3.1972: Windschläger Gemeinderat lehnt Eingliederung ab.
- 72 Vgl. OT 26.2.1972: Der Bürgermeister musste zur Ortsschelle greifen; Badisches Tagblatt 28.2.1972: In Windschlag gingen die Wogen hoch; Müller 1995, 20–22.
- 73 Zu den Verdiensten Haurys um den Ausbau der örtlichen Infrastruktur vgl. auch Badisches Tagblatt 6.5.1977: Durch Wahl dem Bürger verpflichtet; zu Investitionen in Windschlag vgl. auch OT 29.10.1965: Ein Schmuckstück für die gesamte Gemeinde. Nach vier Jahren Planungs- und Bauzeit ist die neue Volksschule in Windschlag nun vollendet ...; ebd. 30.5.1973: TuS Windschlag hat ein neues schmuckes Sporthaus.
- 74 Zum Folgenden vgl. Müller 1995, 22–24.
- 75 Badisches Tagblatt 17.12.1974: Windschläger sollen nicht als Zwangsbürger behandelt werden; Badisches Tagblatt 18.3.1975: Windschlag „uneheliches Kind“ von „Mutter“ Offenburg; zu Ausbau und Finanzierung der örtlichen Infrastruktur in Windschlag in den darauffolgenden Jahren vgl. Badisches Tagblatt 15.1.1977: Auch in Windschlag nicht alle Wünsche zu erfüllen.
- 76 Vgl. OT 31.12.1973: Neue Stadtteile mit der Entwicklung 1973 zufrieden. – Zu den hier genannten Investitionen in Zell-Weierbach vgl. zudem OT 12.2.1971: Konzentration im Bankwesen zum Vorteil der Kunden; OT 19.5.1971: Große Mehrheit war für Fusion mit der Volksbank; OT 18.6.1973: „Aus der Not geschaffen und zum Erfolg geführt“; OT 29.6.1973: Doppelgeschenk für die Zeller Wehr: Obwohl nicht im Eingemeindungsvertrag: Feuerwehrhaus mit Kostenaufwand von 382000 DM erstellt; OT 3.7.1973: Unterstützung der Stadt wird auch später nicht aufhören;

- Badisches Tagblatt: 13.9.1973 Trimm-Dich-Anlage bei der Wolfsgrube; OT 29.6.1974: Zeller Trimm-Dich-Anlage als Beitrag zur Naherholung.
- 77 OT 31.12.1973: Neue Stadtteile mit der Entwicklung 1973 zufrieden.
- 78 OT 27.12.1973: Nach zwei Jahren mehr geleistet als versprochen; ebd. 31.12.1973: Neue Stadtteile mit der Entwicklung 1973 zufrieden.
- 79 Ebd.
- 80 Vgl. OT 15.3.1975: Moderne Industrie zwischen Schwarzwald und Rhein; ebd. 15.12.1975: Dieses Industriegebiet kommt ganz Offenburg zugute; Badisches Tagblatt 14.4.1976: Weitere Firma nach Elgersweier umgezogen.
- 81 Vgl. Gall 2013, 210.
- 82 OT 16.1.1976: Ein dynamischer OB.
- 83 Ebd.
- 84 OT 18.1.1969: Große Gratulationscour für Karl Heitz.
- 85 Die Zahlen bei Kähni 1976, 265.
- 86 Vgl. OT 30.9.1952: Offenburg – ein Brückenkopf der Verständigung; zu Jugend- bzw. Schüleraustausch und der hieraus resultierenden Städtepartnerschaft vgl. OT 13.7.1959: Sag nur Europa und horch auf Dein Herz; OT 22.9.1959: Offenburg und Lons geben ein Beispiel. – Zur Vertiefung der Städtepartnerschaft vgl. u. a. OT 31.12.1963: Ein freundliches und verheißungsvolles Bild; Kähni 1976, 260.
- 87 <https://www.offenburgerfv.de/pdf/vereinsgeschichte.pdf>, 23 (eingesehen am 4.1.2020). Neben den hier genannten Ämtern hatte Heitz noch eine Fülle weiterer Positionen inne, u. a. war er auch Mitglied im Präsidium des dt. Städtetags (1967 ff.), Vorsitzender der Krankenhausgesellschaft des Landes Baden-Württemberg, Mitglied des Vorstands der dt. Krankenhausgesellschaft (Aufzählung der verschiedenen Vorstandsposten von Heitz u. a. Badisches Tagblatt 19.1.1974: Er hat das Tor zum größeren Offenburg aufgestoßen).